

3. Änderungsanträge der Fraktionen zum Stellenplan 2024

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
Zeile	Haushaltsplan-Seite	Organisations-einheit (Produktgruppe)	Bezeichnung	AL/Grüne	SPD	Tübinger Liste	CDU	Linke	Die FRAKTION - PARTEI, DiB, Huhn	FDP	JGR/IR	Bemerkungen (Hinweise der Verwaltung siehe Anlage 1 Ergebnishaushalt)
				+14	+6	+6	+5	+4	+3	+2		
1	165	FB 1 (1120)	Ausbildungsstelle Zentrale IT	+2,0 AK								AL/Grüne: Zwei Ausbildungsstellen in der Zentralen IT: Es soll weiter ausgebildet werden.
2	165	FB 1 (1120)	ISB Informationssicherheitsbeauftragte/r	+1,0 AK								AL/Grüne: Die Stadt hat derzeit keine(n) Informationssicherheitsbeauftragte(n) (ISB) (E13). Angesichts der andauernd hohen Bedrohungslage durch Cyberkriminalität ist das aber nötig und empfohlen für eine Stadt unserer Größe. Eine Person, die sich nicht nur um Prävention kümmert, sondern auch Vorbereitungen für die Krisenmaßnahmen im Falle einer erfolgreichen Attacke trifft. Es geht nicht nur im IT-Sicherheit, sondern darüber hinaus.
3	165	FB 1 (1120)	Stabsstelle Digitale Transformation	+1,0 AK								AL/Grüne: Stabsstelle Digitale Transformation (E13) Unsere neue Sozialbürgermeisterin wird Beratung brauchen, wie sie in ihrem großen Dezernat mittels Digitalisierung zukunftsfähige Lösungen findet. Dasselbe gilt für das Baudezernat. Die Gesetzgebung schreibt vor, dass die Prozesse OZG-Konform sein müssen. Wie das geschieht, muss jede Kommune selbst organisieren. Der Fachbereich Digitalisierung hilft bei der Umsetzung, den konzeptionellen Teil sollte eine Person auf Augenhöhe mit den Verantwortlichen machen. Deshalb eine Stabsstelle beim OB.
4	165	FB 1 (1120)	ggf. teilbare neue Stelle zu Beschaffung und Support der Schul-IT	+1,0 AK								AL/Grüne: Eine ggf. teilbare neue Stelle zur Beschaffung und Support der Schul-IT.
5	176	FB 1 (1121)	2 zusätzliche Stellen für die Personalverwaltung					+2,0 AK				Linke: Dringender Bedarf lt. Personalvertretung.
6	206	002 (1114-002)	Geschäftsstelle Integrationsrat								+0,3 AK	IR: Aufstockung der Arbeitszeit der Geschäftsstelle des Integrationsrats: Der Tübinger Integrationsrat ist in viele Prozesse in der Stadt involviert und leistet wertvolle Arbeit in verschiedenen Gremien, Runden Tischen und Vereinen. Inzwischen tagt der Integrationsrat auch in einem monatlichen Turnus und hat eine Homepage, die stets auf aktuellem Stand gehalten wird. Dadurch fällt insgesamt mehr Arbeit für die Geschäftsstelle an. Um dem Bedarf des Integrationsrats nachgehen zu können, ist eine Aufstockung der Arbeitszeit der Geschäftsstelle von 40 auf 50% erforderlich. Im Haushaltsjahr 2024 fallen aufgrund der Kommunalwahlen, der 10-jährigen Jubiläumsfeier des Integrationsrats und der Wahl des neuen Integrationsrats zusätzliche Aufgaben an und können nur durch eine auf ein Jahr befristete Aufstockung des Arbeitsumfangs auf 70% aufgefangen werden. Der beantragte Betrag von 20.000 Euro ist geschätzt. Wir bitten die Verwaltung um den genaueren Betrag.
7	244	FB 3 (1221)	KOV Tagdienst KOV Nachtdienst						-4,5 AK -5,6 AK			Fraktion: KOV Tagdienst: -15 AK x 30 % = 4,5 AK KOV Nachtdienst: -8 AK x 70% = 5,6 AK
8	247	FB 3 (1222)	FAB Bürgeramt - Ausländerangelegenheiten		+/- 0 AK							SPD: Umwandlung von zwei Aushilfsstellen in feste, unbefristete Stellen
9	294	FB 5 (2110)	Schulabsentismusprojekt					+0,4 AK				Linke: Förderung für alle Schularten, nicht nur Gemeinschaftsschulen. Umfang der verwaltungsintern vorgesehene 40%-Stelle erhöhen. Eigentlich ein Projekt des Kreises. Stadt füllt Lücke. Da alle Schularten gleichermaßen betroffen sind, zusätzlicher Stellenanteil für Gymnasien.
10	294	FB 5 (2110)	IT Technik		+2 AK							SPD: Betreuung der digitalen Ausstattung der Schulen (Angesiedelt bei der FAB Schule und Sport)
11	294	FB 5 (2110)	Hans-Küng-Gemeinschaftsschule Schulkrankenschwester 50%					+0,5 AK				Linke: Das Projekt scheint eine sinnvolle Möglichkeit zu sein, Lehrkräfte und Schulverwaltung zu entlasten. Eigentlich Aufgabe des Landes.

3. Änderungsanträge der Fraktionen zum Stellenplan 2024

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
Zeile	Haushaltsplan-Seite	Organisations-einheit (Produktgruppe)	Bezeichnung	AL/Grüne	SPD	Tübinger Liste	CDU	Linke	Die FRAKTION - PARTEI, DiB, Huhn	FDP	JGR/IR	Bemerkungen (Hinweise der Verwaltung siehe Anlage 1 Ergebnishaushalt)
				+14	+6	+6	+5	+4	+3	+2		
12	294	FB 5 (2110)	Stellen mit Sperrvermerk nach Erarbeitung Konzept Bereich Schule	+2,0 AK								AL/Grüne: Die Pandemie und ihre Folgen haben deutliche Spuren hinterlassen und die seelische Gesundheit vieler Tübinger Schüler:innen angegriffen. Festzustellen ist, laut Aussage der Schulen, die zunehmende Häufigkeit psychischer Erkrankungen unter den Jugendlichen und die Überlastung der Hilfsstrukturen, vor allem in den Beratungszentren und der Kinder- und Jugendpsychiatrie. Die Schulen melden verschiedene Bedürfnisse an, wie die Einrichtung regelmäßiger Sprechstunden von Schulpsycholog:innen an den Schulen, die Übernahme der bisher vom Landratsamt finanzierten Stellen zur Bekämpfung des Schulabsentismus, die Etablierung von Schulgesundheitsfachkräften und/oder andere, in Abstimmung mit den Schulen entwickelte Massnahmen. Wir bitten die Verwaltung, zeitnah ein Konzept zu erarbeiten, aus dem hervorgeht, mit welchen Funktionen dem oben genannten Problem am effektivsten zu begegnen ist. Die zwei mit Sperrvermerk geschaffenen Stellen sollen dann zur Umsetzung dieses Konzeptes verwendet werden (Aufhebung des Sperrvermerks nach Vorlage und Diskussion des Konzeptes im KUBIS).
13	321	FB 5 (3620)	KIT Jugendhilfe: 1. 50%-Verwalt.Stelle Stadtteiltreffs NaSe u. Brückenhaus 2. 20% Aufstockung K.I.O.S.K.					+0,7 AK				Linke: s. Schreiben an die Fraktionen Hinweis der Verwaltung: Die Position ist als Zuschuss in der Anlage 1 (Ergebnishaushalt) unter den Transferaufwendungen berücksichtigt.
14	321	FB 5 (3620)	Kinderbeteiligung								+0,5 AK	JGR: +0,5 AK Kinderbeteiligung (E11)
15	324	FB 5 (3650)	Kitas: Mehr Personal für Heilpädagogischen Fachdienst					AK nicht beziffert				Linke: Steigende Zahlen von Kindern mit Inklusionsbedarf. Es gibt nicht genug freie Therapieplätze und Plätze im Schulkindergarten.
16	324	FB 5 (3650)	10 % übertarifliche Bezahlung						+ 10 % Gehalts-erhöhung			Fraktion: Aufgrund der dramatischen Unterbesetzung, der hohen Arbeitsbelastung und der enormen Wichtigkeit der Kitas und Kindergärten der Stadt Tübingen sollen diese Angestellte in Tübingen eine übertarifliche Bezahlung von 10 % erhalten.
17	358	FB 50 (3140)	Prävention von Wohnungslosigkeit: Entfristung einer 50%-Stelle					+0,5 AK				Linke: Die Stelle ist bis 2025 befristet, die Arbeit sollte aber dringend fortgesetzt werden. Um die Stelleninhaberin, die gute Arbeit leistet zu halten, sollte die Stelle entfristet werden.
18	411	FB 8 (1124-8)	Reinigungskräfte						+10 AK			Fraktion: Aktuell sind ungefähr die Hälfte der eingesetzten Reinigungskräfte sind bei der Stadt Tübingen angestellt, die andere Hälfte wird von Mitarbeiter*innen von externen Firmen durchgeführt. Diese Anteil sollte erstmals auf 60:40 zugunsten der Eigenreinigung erhöht werden. Die Mitarbeiter*innen der Stadt werden nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) vergütet und haben dadurch vergleichsweise bessere Arbeitsbedingungen (die Löhne sind trotzdem niedrig und reichen häufig nicht zum Leben). In der Fremdreinigung erfolgt die Vergütung nach dem Tarifvertrag des Gebäudereinigerhandwerks (18% bis 70% niedrigerer Lohn als in TVöD und weniger bzw. keine Leistungszulagen). Außerdem wird die Tariftreue formal abgefragt, aber ihre Einhaltung nicht durch die Stadt kontrolliert. Die Arbeitsbedingungen von Gebäudereiniger*innen haben sich bundesweit durch die finanzielle Notlage der Kommunen und zunehmende Privatisierung verschlechtert: der Wettbewerb wird hauptsächlich über Personalkosten (Arbeitsverdichtung, Tarifunterschreitungen, geringfügige Beschäftigung, Mini Jobs, Zeitarbeit) ausgetragen. In der Innenreinigung arbeiten hauptsächlich geringfügig oder in Teilzeit beschäftigte FLINTA, oft Migrantinnen.
nachrichtlich:												
	Wirtschaftsplan KST		Graffiti beseitigung						-1 AK			Fraktion: Die Stelle entstand als Ergebnis eines populistischen Wahlversprechens, wir halten das für eine Verschwendung von Steuern. Die bereits zu diesem Zweck angestellten Person soll natürlich nicht arbeitslos werden, sie soll zum Beispiel in dem Team für die Reinigung städtische Gebäude mit dem gleichen Gehalt wie bisher eingegliedert werden.